

# Freie Meinung

Ausgabe 4/2016

## Frischer Wind?

### Das war's - war es das?

#### In dieser Ausgabe

Zu guter Letzt  
HR Mag. Dieter Grillmayer  
verabschiedet sich

\*\*\*\*\*

Hammerschmids Traumwelt  
und die Schulrealität

\*\*\*\*\*

Placebo Schulautonomie

\*\*\*\*\*

Widersprüche in  
„Education at a Glance 2016“

OSTr Prof. Dr. Josef Pasteiner

\*\*\*\*\*

Der SPÖ sind Flüchtlinge  
wichtiger als österreichische  
Schüler

\*\*\*\*\*

Warten auf den Praxistest

\*\*\*\*\*

Schulgesetze gelten auch für  
Schmalspur-Che-Guevaras

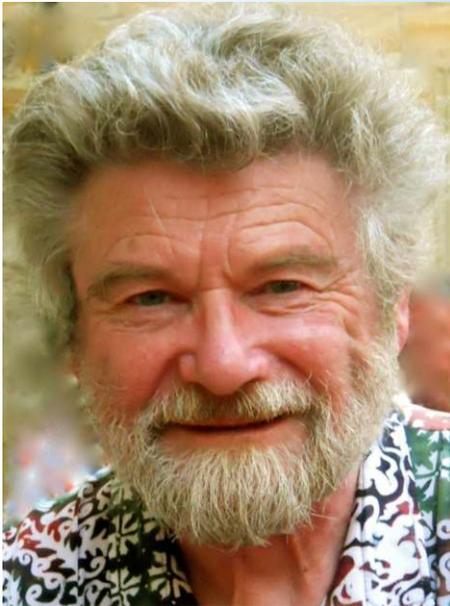
FPÖ-Bildungssprecher  
Nabg. Dr. Walter Rosenkranz



## *Alles Gute für die Zukunft*

## Zu guter Letzt

Von Dieter Grillmayer



Mit dieser Folge der „Freien Meinung“ (FM) beende ich meine Tätigkeit als der für den Inhalt der FM Alleinverantwortliche. 40 Jahre habe ich mich als Autor dieses auf meinen Vorschlag hin so benannten Organs des Freiheitlichen Österr. Lehrerverbandes (FÖLV) betätigt, und 1997 habe ich neben der seit 1984 ausgeübten Obmannschaft auch die Schriftleitung übernommen. Anlässlich meines Rücktritts als Verbandsobmann im Jahr 2004 habe ich meinem Nachfolger Sigi Neyer versprochen, ihm als Schriftleiter weiter zur Verfügung zu stehen. Sigi Neyers Ablöse am 5. November 2016 hat nun auch mir eine Last von den Schultern genommen.

Ich habe den FÖLV immer mehr als Ideenwerkstatt denn als Interessensvertretung gesehen, habe immer wieder konstruktive Vorschläge eingebracht und mich argumentativ gegen die seit fünf Jahrzehnten in Österreich betriebene Schulzerstörung gewendet. Aus meiner aktiven Zeit als Lehrer und Schuldirektor weiß ich um die Zwei-

teilung der Lehrerschaft in linksgrüne Idealisten und Utopisten sowie in eher rechts-bürgerliche Praktiker, die aber vielfach reine Egoisten und Gewerkschafts(ange)hörige sind. Unser Platz muss dazwischen liegen oder wir haben keinen, das war, ist und bleibt mein Credo! Materielle Vorteile sind von einer Mitgliedschaft bei den Freiheitlichen Lehrern zumindest kurzfristig eher nicht zu erwarten, vielleicht aber mittelfristig, wenn der FPÖ-Einfluss aufgrund weiterer Wahlerfolge weiter zunimmt.

Zu meinem im Jahr 2006 erschienenen und recht FPÖ-kritischen Buch „National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich“ wird Anfang 2017 eine Fortsetzung herauskommen: „Die Dritte Kraft mit neuem Schwung. Österreichs Innenpolitik von 2006 bis 2016 im internationalen Kontext.“ Das Buch wird der Nach-Haider-FPÖ Blumen streuen, was sich diese m. E. auch verdient. Der letzte Absatz des ersten Kapitels lautet wie folgt: *Hinzu kommt der soziale Aspekt, zu dem es in der Ideengeschichte des Dritten Lagers zahlreiche Anknüpfungspunkte gibt. Von der Umsetzung wird es abhängen, ob die Freiheitlichen die von der SPÖ kommenden Wählerinnen und Wähler dauerhaft an sich binden können oder nicht. Um die von der ÖVP kommenden Bürgerlichen, die mit „gender mainstreaming“ und anderen pseudoliberalen Modetorheiten nichts anzufangen wissen, mache ich mir weniger Sorgen. Insgesamt darf erwartet werden, dass der Wählermarkt noch nicht ausgereizt ist, weil immer mehr Menschen erkennen,*

*dass die gegenüber den Freiheitlichen erhobenen Vorwürfe, eine Neid- und Hasspolitik zu betreiben, aufgrund der tatsächlich vertretenen Vernunft- und Sachpolitik lügenhaft, scheinheilig und nun wirklich hetzerisch sind. Es war vor allem dieses dumm-dreiste Verhalten der politischen Gegner, das mich bewogen hat, „Knittelfeld“ und die Folgen abzuhaken, „meiner“ Partei noch einmal näher zu treten und ein Buch über deren Wiederaufstieg zu schreiben. Meinungsumfragen bestätigen der FPÖ eine gute Chance, vom dritten auf den ersten Platz vorzurücken und sich dauerhaft als stärkste Partei Österreichs, als echte Volkspartei, als Partei der gesellschaftlichen Mitte, zu etablieren.*

Was eine Partei, für welche eine Regierungsteilnahme zum Greifen nahe ist, überhaupt nicht gebrauchen kann, das ist Populismus, also das Aufstellen von Forderungen, deren Umsetzung entweder gar nicht möglich ist oder nicht sinnvoll wäre, wenn es um eine gute Zukunft für unser Heimatland Österreich gehen soll. Unglaublichkeit von Anfang an bis zur Lächerlichkeit wären die Folge, wofür die SPÖ ab 2006 (z. B. mit ihrer Gesamtschulforderung) nach der vergleichsweise recht erfolgreichen blauschwarzen Koalition ein Beispiel gegeben hat. Ich schreibe das im Hinblick darauf, dass sich der FÖLV anschickt, für die FPÖ ein neues Bildungsprogramm zu erarbeiten. Auch an dieser Arbeit werde ich mich nicht mehr beteiligen bzw. werde ich mich auf die Rolle eines konstruktiven Kritikers und Partei-Sachverständigen zurückziehen. Sigi Neyer danke ich für die gute Zusammenarbeit und den uns nachfolgenden aktiven Vereins- und Verbandsfunktionären wünsche ich alles Gute und viel Erfolg.

## BRD: Lehrer wegen „Freiheitsberaubung“ verwarnt

Meldung der „Berliner Morgenpost“ vom 24. August 2016

Ein besonderes Urteil pünktlich zum Schulbeginn in Nordrhein-Westfalen: Ein Realschullehrer ist in Neuss wegen Freiheitsberaubung verurteilt worden, weil er Schüler am Verlassen des Klassenraums gehindert hatte. Amtsrichter Heiner Cölln sprach den Pädagogen am Mittwoch schuldig, beließ es aber bei einer „Verwarnung mit Strafvorbehalt“. Als Auflage muss sich der Musiklehrer im Umgang mit undisziplinierten Schülern fortbilden. Andernfalls drohen ihm 1.000 Euro Geldstrafe. Vom Vorwurf der Körperverletzung wurde der Pädagoge freigesprochen.

Der Lehrer hatte einer lauten Schulklasse im Unterricht eine schriftliche Arbeit aufgebrummt: Sie mussten einen Wikipedia-Eintrag über einen Musiker abschreiben. Nach dem Unterricht mussten die Sechstklässler ihre Arbeiten einzeln abgeben. Dabei hatte der Lehrer mehrere Schüler daran gehindert, den Raum zu verlassen. Einer von ihnen hatte schließlich per Handy die Polizei gerufen.

### Richter zeigt „Verständnis für schweren Job“

Zudem hatte der 50-Jährige einem der Schüler bei der Rückgabe einer Arbeit mit der Faust in den Bauch getroffen. Der Schüler selbst wollte dem Pädagogen am Mittwoch im Zeugenstand aber keine Absicht unterstellen: Es habe auch nicht lange wehgetan, versicherte der 13-Jährige. Die letzte Stunde sei zu Ende gewesen und alle hätten schnell nach Hause gewollt.

Zwar versicherte der Richter dem Angeklagten „volles Verständnis für ihren schweren Job“: „Was macht ein Lehrer, dem die Schüler auf der Nase herumtanzen?“, fragte er. Dass sich der Lehrer nach Unterrichtsende mit seinem Stuhl und einer Gitarre auf den Knien vor die Klassentür gesetzt und Schüler nicht herausgelassen habe, erfülle dennoch den Tatbestand der Freiheitsberaubung. Das Abschreibenlassen eines Wikipedia-Eintrags sei zudem wohl eine unzulässige Kollektivmaßnahme gewesen. Aber darauf komme es nicht an.

### Lehrer sieht Auflage als „produktives Angebot“

Nach seiner Verurteilung zeigte sich der Lehrer dennoch erleichtert: Der Vorwurf der Körperverletzung sei vom Tisch und die Fortbildung sehe er als „produktives Angebot“: „Ich bin offen für Tipps.“ Ob er das Urteil akzeptieren wird, ließ er aber offen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 1.500 Euro Geldstrafe beantragt, der Verteidiger Freispruch gefordert: Sein Mandant habe seine Aufsichtspflicht erfüllt, in dem er nicht alle Schüler gleichzeitig aus dem Raum habe stürmen lassen. (dpa)

*Anmerkung von Mag. Lilo Beran, die der FM diesen Beitrag zur Verfügung gestellt hat: „Meine in Finnland lebende Enkelin ist gescheit, aber schlampig und vergisst manchmal etwas ... Sie muss noch am selben Tag eine Stunde länger in der Schule bleiben zum Nachholen ... OHNE dass die Mutter davon verständigt wird.“*

### OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wider. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, [dgm@a1.net](mailto:dgm@a1.net), Tel. 00436505202642. Gestaltung: letztmalig Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2

# Hammerschmids Traumwelt und die Schulrealität

Von Josef Pasteiner

Am 18.10.16 verkündeten Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) und Staatssekretär Harald Mahrer (ÖVP) ihr sogenanntes Autonomiepaket als „Herzstück“ der Schulreform. Die 47-jährige kinderlose Neue studierte Genetik, wechselte ins Wirtschaftsmanagement, wurde Rektorin der Veterinär-UNI und letztlich sogar Vorsitzende der Rektorenkonferenz von Österreich. Der 43-jährige promovierte Wirtschafts-UNI-Absolvent kommt aus dem Lobbying sowie Strategiebereich und schmückt sich gerne mit Anglizismen. Wohl deshalb wird nun über „Schulcluster“ (= Verbund mehrerer Schulen) verhandelt, die ihre Ressourcen in einen gemeinsamen „Pool“ geben und sich zu mehr Eigenverantwortung „commiten“ („Kurier“, 20.10.16).

Diese beiden Nichtschulexperten meinten einhellig: „Endlich stellt sich die Bundesregierung den Herausforderungen der zukünftigen Wissensgesellschaft“. Kurz zuvor, am 3. Oktober, titelte der „Kurier“: „Hammerschmid in Not. In ihrem Budget fehlen 536 Mio. Euro“. Darauf erbarmte sich der Finanzminister Schelling und stopfte ihre heurige Budgetlücke mit 525 Mio. Euro zusätzlich. Er forderte aber von ihr ab nun einen Sparkurs! Für 2017 erhält sie inklusive Integrations-Sprach-Unterricht 400 Mio. Euro zusätzlich, d. h. ein Rekordbudget von 8,65 Mrd. Euro (= 11,2% des Gesamtbudget), was aber für ihre „Reformen“ zu wenig sein wird! Übrigens sind für die Asylwerber

heuer 2 Mrd. Euro budgetiert! Geld, das alle anderen Ressorts dringendst benötigen würden! Mit diesem Hintergrund ist die vorgelegte sogenannte Schulautonomie zu sehen, von der viele befürchten, sie sei eigentlich ein Schulsparpaket! Tauglich zur Verbesserung des Niveaus der österreichischen Schulen ist sie ohnehin nicht. Im Gegenteil!

Derzeit bekommt der Direktor einer Höheren Schule mit bis zu 2.000 Schülern dafür eine Zulage von höchstens 700 Euro Brutto monatlich. So ein mickriges Mehrgeloh ist bei einem Wirtschaftsmanager nicht einmal ansatzweise denkbar! Dabei nimmt die zeitliche und nervliche Beanspruchung, unter anderem wegen zunehmender Konflikte, Probleme (z. B. Migrantenschüler, EDV, Inklusion, Zentralmatura), Managementaufgaben (z. B. verzweifelte Suche nach Schulspatoren) immer mehr zu! Schon jetzt ist es daher so, dass sich für eine ausgeschriebene Direktorenstelle oft nur ein oder zwei Kandidaten melden. Die qualitative Auswahl von Direktoren ist damit schon jetzt kaum mehr gegeben! In den nächsten 15 Jahren werden mehr als 50 Prozent der Schuldirektoren in Pension gehen. Die Alternative Hammerschmids ist die Schnapsidee vom „Superdirektor“, der für bis zu acht (!) Schulen in einem „Cluster“ zuständig sein soll. Geld bekommt er für diesen totalen Stressjob nur so wenig wie die bisherigen Direktoren! Man will damit Direktorenzulagen einsparen! Ich wette, dass diese Position

des „Superdirektors“ daran scheitern wird, dass sich dann gar keine Kandidaten mehr melden werden!

„Es braucht nun nur noch mehr leistungswillige Schuldirektoren“, titelte die „Presse“ am 19. Oktober. Wer so blöd ist, da noch Direktor werden zu wollen, ist in seiner Amtsführung sicher auch nicht „super“! Wie ein Schulbeginn erst um 9 Uhr, die mögliche Abschaffung der 50-Minuten-Stunde sowie der Schulglocke, sogenannte „sparsame“ Großvorlesungen (z. B. in Geschichte) vor 100 Schülern und mehr, sowie die Erhöhung der Klassenschülerzahl (derzeit höchstens 25 in der Pflichtschule) unser Schulniveau verbessern sollen, wird niemand erklären können! Für sehr viele Lehrlinge ist der Arbeitsbeginn übrigens schon um 7 Uhr oder noch früher, ohne dass die „Gutmenschen der Wohlfühlschule“ darüber ein Wort verlieren! Die „Superdirektoren“ sollen direkt vom Ministerium kontrolliert werden und nicht wie bisher von den Landesschulinspektoren. Damit erfolgt auch eine Entmachtung der Bundesländer. Da die Schulpartner zu Recht befürchten müssen, dass der „Superdirektor“ zukünftig viele wichtige Entscheidungen über alle Köpfe hinweg allein treffen kann (oder wird treffen müssen), gibt es von diesen bereits berechtigte Proteste. Gernot Schreyer, Präsident des Bundeselternverbandes, befürchtet eine „Entmündigung der Schulpartnerschaft. Dagegen wolle er mit allen Mitteln vorgehen“. Robert Weiß, neuer Vorsitzender der AHS-Lehrergewerkschaft, stimmt ein:

„Autonomie wird von der Politik als Synonym für Entmündigung der Betroffenen und Mangelverwaltung missbraucht“. Auch der Bundesschulsprecher Harald Zierfuß hofft auf Nachverhandlungen, da nach dem derzeitigen Stand die Schulpartner zu wenig eingebunden seien. („Der Standard“ am 20. Oktober.)

Interessant sind die Politikerstellungen zu diesem sogenannten „Autonomiepaket“: Der Lehrer-gewerkschafter Paul Kimberger (ÖVP) meint skeptisch „der Teufel steckt wie immer im Detail. Ein reiner Eingriff in die Schulstrukturen verbunden mit einem versteckten Sparpaket, das wird von mir vehement abgelehnt“. Ganz anders sieht es der ehemalige ÖVP-Bildungssprecher und jetzige ÖVP-Generalsekretär Werner Amon:

Stolz stolz. Dem Grünen Walser geht diese „Reform“ zu wenig weit, da die linke Gesamtschule noch nicht verankert sei. „Mehr Freiraum für Schulen bedeutet mehr individuelle Förderung“, jubeln der Wiener Stadtschulratspräsident Jürgen Czernohorsky (SPÖ) und die Bildungslandesrätin Sandra Frauenberger (SPÖ). Alle diese sind zitiert im „Kurier“ vom 19. Oktober, nicht aber der FPÖ-Nationalrat und Vorsitzende des parlamentarischen Schulausschusses Dr. Walter Rosenkranz! Er meint zuerst, dass es sich bei dem heute lancierten Papier nur um einen Ministervortrag handle und weiter: „Darin geht es um eine Teilpunktation der Punktation vom November 2015 und somit um eine bloße Ansammlung von altbekannten Floskeln und Allgemeinplätzen. Die Jahreszahl 2027 für den Umbau des österrei-

SPÖ und ÖVP schnell wieder vorbei ist“.

Tatsächlich ist die zu diesem Schulpaket noch zu beschließende Materie äußerst umfangreich: 32 Bundesgesetze, 400 Novellierungen und 62 Seiten neuer Gesetzestexte müssen akkordiert und beschlossen werden („Kurier“ 20. Oktober). Erst im Dezember sollen die Gesetzesentwürfe dazu im Ministerrat beschlossen werden und für deren Umsetzung sieht die Ministerin sogar einen Zeitrahmen von zehn Jahren, also bis 2027! In der ORF-Pressestunde am 23. Oktober strotzte Hammerschmid, permanent euphorisch lächelnd, von Optimismus über ihre „tolle“ Schulreform. Es fehle jetzt nur noch die Umsetzung der verpflichtenden („verschränkten“) Ganztagschule, die Gesamtschule und die „Inklusion“ (= Abschaffung der Sonderschulen) als nächste „Reformen“. Interessanterweise schwärmt die Ministerin derzeit davon, wie toll in Südtirol, das sie kürzlich besuchte, die Gesamtschule funktioniere. Dort darf ein Direktor aber nur höchstens drei Schulen verwalten! Besser wäre es, sie würde einmal nach Ostasien fahren, um zu erleben wie dort in beinharten Paukerschulen die Sieger der zukünftigen internationalen Schul-Rankings produziert werden. Am 2. Oktober schrieb dazu Dr. Tassilo Wallentin in der „Krone“ folgendes: „Das Desaster verdanken wir ignoranten Politikern und der bunten Gemeinde der Kuschel-, Erlebnis- und Wohlfühl-Pädagogen. Sie haben eines der besten Bildungssysteme – das österreichische – ruiniert, weil sie lieber alle Menschen gleich schlecht statt unterschiedlich gut machen“.



„Das Autonomiepaket ist ein großer Wurf. Es bedeutet weniger Politik und mehr Demokratie für das Bildungssystem“. Oberösterreichs ÖVP-Bildungslandesrat Thomas Stelzer meint wieder: „Es besteht noch zu einem großem Teil aus Überschriften, viele Detailfragen sind ungeklärt“. „Der Entwurf beinhaltet viele Vorschläge, die NEOS unterbreitet“, meint Matthias

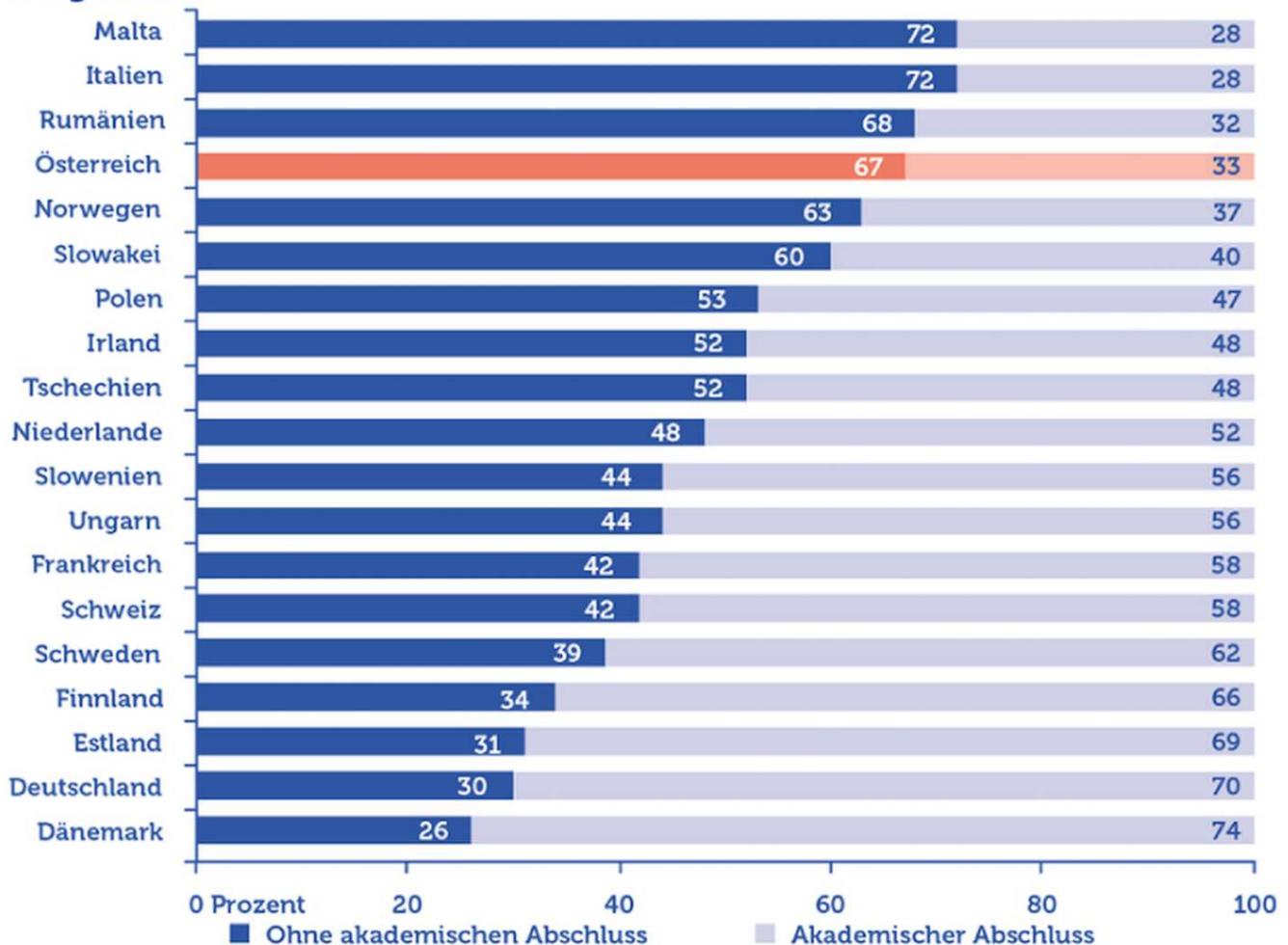
chischen Schulwesens beinhaltet immerhin mindestens zwei Nationalratswahlen-Termine. Echte Lösungskompetenz im Herbst 2016 schaut anders aus. Derzeit gelte es noch den konkreten Gesetzesentwurf und dessen Begutachtung abzuwarten. Ich bin überzeugt, dass, wenn es ans Eingemachte geht – also um klare Gesetzesformulierungen – die Harmonie zwischen

# Überdurchschnittlich viele Bildungsaufsteiger in Österreich

Bildungspolitisches Bulletin 5/2016 von „Pro Gymnasium“

Mit der im März 2016 veröffentlichten Studie „Österreich, Land der Bildungsaufsteiger“ verwies der Think Tank Agenda Austria die bis dahin von Befürwortern einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen nahezu liebevoll gepflegte Behauptung, unser Bildungswesen sei sozial ungerecht, in das Reich der Mythen. Deutlich wird dies unter anderem am Beispiel der familiären Herkunft der Studierenden. Wie die der Studie entnommene Grafik zeigt, stammen in Österreich überdurchschnittlich viele Studierende aus einem nicht akademischen Elternhaus, zählen also zu den Bildungsaufsteigern.

## Bildungsabschluss der Eltern von Studierenden im internationalen Vergleich



Anteil an Studierenden mit Eltern (Vater oder Mutter) mit oder ohne akademischen Abschluss  
 Quelle: EUROSTUDENT (2015)/ Agenda Austria Studie: Österreich, Land der Bildungsaufsteiger

Wenn nun, wie in den bisherigen Bulletins bereits dargestellt, mehrheitlich die Leistungsgesamtschulen hinter denen

liegen und sich nun auch zeigt, dass die oft behauptete große soziale Ungerechtigkeit unseres Bildungswesens sachlich nicht haltbar ist, wäre es fahrlässig, das bewährte differenzierte Schulwesen Österreichs durch die schwächere Form einer Gesamtschule zu ersetzen. Interessant ist, dass Agenda Austria in der Studie vorschlägt, bei der Stärkung der Berufsbildung und in der Elementarbildung anzusetzen. Beide Maßnahmen hat auch Pro Gymnasium bereits bei seiner Gründung als wichtige Handlungsfelder im ersten Forderungspapier verzeichnet.

gen Bulletins bereits dargegeben in Ländern mit differenziertem Schulwesen

## Die Volksschulkrise

Lehrer an Gymnasien, Hauptschulen und Neuen Mittelschulen kennen das Problem. Die lieben Kleinen kommen mit guten Deutschnoten aus der Volksschule, können aber kaum flüssig, geschweige denn sinnerfassend lesen. PISA (Programme for International Student Assessment) testet regelmäßig die Fünfzehnjährigen und dokumentiert die Bildungsschwächen. Interessant sind die nach Stadtgröße aufgeschlüsselten Ergebnisse. Es zeigt sich, dass Wien die einzige Großstadt der Welt ist, deren PISA-Ergebnisse unter dem Landesdurchschnitt liegen. Migranten sind kein Argument, weil es in allen Millionenstädten Migranten gibt. Österreich ohne Wien läge in allen Vergleichsstudien ganz weit vorne.

Interessanter als PISA sind Volksschulstudien. Erstaunlicherweise werden diese selten veröffentlicht und von keinem Politiker diskutiert, obwohl es auch hier brisante Ergebnisse gibt. TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) ist eine international vergleichende Leistungsuntersuchung in Mathematik. PIRLS (Progress in International Reading Literacy Study) ist eine Lesestudie, die in Deutschland IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) genannt wird. Die Vergleiche zwischen den Staaten kann man aus umfangreichen Dokumentationen entnehmen, die auf der Internetseite des Unterrichtsministeriums leicht zu finden sind. Vergleichszahlen der Bundesländer sind leider nur für Hacker zu finden. Bei den letzten Volksschultests siegte Oberösterreich haushoch, dicht gefolgt von Salzburg. Vorarlberg liegt im guten Mittelfeld. Wien ist so weit abgeschlagen, dass deren Ergebnisse das österreichische Gesamtergebnis in allen Studien stark nach unten ziehen. Die Zusammenhänge zwischen TIMSS/PIRLS und PISA sind klar. Die Qualität einer Volksschule setzt sich in der Sekundarstufe fort, egal ob Hauptschule oder Gymnasium. Am schlimmsten jedoch ist die Tatsache, dass zwischen den besten und schlechtesten österreichischen Volksschulen ein Qualitätsunterschied herrscht wie zwischen den Sonderschulen und den besten Gymnasien.

Einige Politiker fordern Modellregionen für Gesamtschulen, ignorieren aber die lokalen Probleme. Ein Modellversuch in einer Region mit schlechten Volksschulen würde nicht nur eine schlechte Gesamtschule ergeben, sondern eine Katastrophe für die heimischen Jugendlichen bedeuten. Unsere Politiker sollten sich informieren, bevor sie unentwickelte Ideen präsentieren, denn ein Handlungsbedarf besteht vor allem bei den Volksschulen. Das Niveau unserer schlechten Volksschulen muss dringend ausgewertet und anschließend angehoben werden. Alles andere ist zurzeit nachrangig.

Quelle: Rudolf Öller in „Nature“ 2014

### Dem Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at  
gehören an:

#### Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: OStR. Mag. Dr. Josef Pasteiner  
2700 Wr. Neustadt  
Schönthalgasse 1

#### Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1  
Obmann:  
Prof. Dipl. Ing. Harald Sander

#### Freiheitlicher Salzburger Landeslehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10  
Obmann: Dipl. Päd. Gernot Hatzenbichler  
Metzgerweg 9, 5071 Wals

#### Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8010 Graz, HansSachsGasse 10/4  
Obmann: Jürgen Zechner

#### Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72  
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg  
6020 Innsbruck,  
KanonikusGamperGasse 4

#### Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer  
Widumweg 4  
6780 Schruns

#### Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:  
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer  
Bartensteingasse 14  
1010 Wien

#### Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher  
Weingartengasse 5  
7152 Pamhagen

#### Bildungsverein für freiheitliche und unabhängige Lehrerinnen und Lehrer

#### in Kärnten (BVFU):

Obfrau: Mag. Sabine Hinteregger  
Siebenhügelstr. 128  
9020 Klagenfurt

#### Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

#### Obmann:

**Dipl. Ing. Dietmar Wokatsch,**

Stellvertreter:  
Dr. Sepp Pasteiner  
Sabine Hinteregger  
Harald Sander

## Placebo Schulautonomie

Von Josef Pasteiner

**Im sogenannten „großen Schulpaket“ vom 17.11.2015, abgeschlossen von Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek (SPÖ) und Staatssekretär Mahrer (ÖVP) ist als besonders wichtiger Reformpunkt die Umsetzung der sogenannten „Schulautonomie“ verankert. Am 13.9.2016 zitierte dazu die NÖN die SPÖ-Bildungsministerin Hammerschmid: „Wir müssen Unterricht neu denken“. In der Woche zuvor legte sie mit Mahrer die nächsten Schritte der Bildungsreform offen, mit dem Schlüsselwort Schulautonomie: „Wir denken Autonomie breit und auf allen Ebenen“. Jedenfalls will man noch im Dezember das Schulautonomie-Paket dem Ministerrat vorlegen.**

Am 30. September gab es in mehreren Tageszeitungen Jubelberichte über die angeblich fast alle Schulprobleme lösende Schulautonomie. In fetten Lettern postulierte die „Krone“: „Freie Auswahl der Pädagogen. Bundes-ÖVP unterstützt erstmals SPÖ-Bildungsministerium“. Gleichzeitig war aber auch zu lesen: „Als praxisfern bezeichneten die ÖVP-Landesschulratspräsidenten den Plan des Ministeriums. Das Vorhaben sei sinnvoll, so der neue schwarze Generalsekretär Werner Amon, der damit die Landesschulräte zurückpfeift. In ein bis zwei Wochen soll ein erster Entwurf zum Autonomie-Paket fertig sein“.

Der „Standard“ stellte dazu fest: „In der Praxis können schon heute die Direktoren bei der Lehrerauswahl mitreden“. Daselbst erklärt eine Wiener Volksschuldirektorin: „Die Lehrer bewerben sich zum Teil direkt bei der Schule oder wir bekommen eine Empfehlung. Sie führe die Bewerbungsgespräche selbst und meldet der Schulbehörde ihre Favoriten. So bekomme man meistens die Lehrer, die auch zur Schule passen“. Was dabei nicht ausgesprochen wird: Die Direktoren werden in der Regel

nach dem rot-schwarzen Proporz ernannt und so suchen sie sich meist auch ihre Lehrer aus!

Gegen die Jubel-Reformstimmung regt sich allerdings

*Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von NÖ, Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann der Freiheitlichen Lehrer von NÖ.*

immer mehr der Widerstand, mit ernüchternden Argumenten: In der NÖN vom 4.10.2016 argumentiert der NÖ-Landesschulratspräsident Johann Heuras dagegen: „In den Höheren Schulen werde das ohnehin schon praktiziert. Und bei den Pflichtschulen würden die Direktoren ohnehin schon berücksichtigt. Seine Bedenken seien im Hinblick auf kleine abgelegene Gemeinden, wo Lehrer vielleicht gar nicht hingehen wollen. In der Praxis hat das seine Grenzen“. Überhaupt nicht mehr erwähnt wird dabei, dass die Schulautonomie eigentlich in drei Bereichen kommen soll: 1. Die Personelle (siehe oben!). 2. Die Pädagogische (z. B. ob Schulglo-



cke, wann Unterrichtsbeginn, Ganztagschule, Einteilung der Unterrichtseinheiten usw.) 3. Die Finanzielle. Hier liegt der größte Pferdefuß: Die AHS-Gewerkschafter formulierten das so: „Unter Autonomie hat man in der letzten Zeit ja meist verstanden, dass man den Schulen weniger Ressourcen zur Verfügung stellt und sie dafür verantwortlich macht, wo die nötigen Einsparungen erzielt werden“. Abgesehen davon, dass bis heute nicht einmal ansatzweise bekannt ist, wer die schulautonomen Entscheidungen fällen soll, ob der Direktor allein oder die Schulpartner, sind wir jetzt bei des Pudels Kern. Am

3. Oktober berichtete der „Kurier“ mit fetten Lettern: „Hammer Schmid in Not. In ihrem Budget fehlen 536 Mio. Euro. Finanzminister Schelling fordert Sparkurs“. Der „Standard“ verkündete am 4. Oktober fett, wo eigentlich die größten Probleme unserer Schulen liegen: „Die Zahl der Pflichtschüler mit Deutschproblemen in Österreich ist zwischen 2010 und 2015

von 17.300 auf 31.100 gestiegen. Wien bräuchte laut Stadtschulrat 110 Sprachlehrer mehr. In Wien hat sich die Zahl der außerordentlichen Schüler in Pflichtschulen innerhalb von 5 Jahren fast verdoppelt, von 7.900 im Schuljahr 2010/11 auf mehr als 15.000. Von den aktuell rund 100.000 Pflichtschülern in Wien haben knapp mehr als 60.000 Schüler eine andere Erstsprache als

Deutsch“.

Ein Placebo ist ein Scheinmedikament, das keine Wirkstoffe enthält. Weil der Patient aber an eine Wirkung glaubt, tritt oft trotzdem eine Verbesserung seines Gesundheitszustandes ein. Die „Schulautonomie“ wird aber nicht einmal diese Placeboheilung bewirken!!!

## Guter Frontalunterricht ist super

„Provokant gesagt: Schlechter Frontalunterricht ist mir immer noch lieber als schlechter Offener Unterricht“, sagt die Grazer Bildungswissenschaftlerin Agnieszka Czejkowska. Denn bei Frontalunterricht hätten wenigstens alle Kinder den gleichen Zugang zu neuem Wissen. Überhaupt verwehrt Czejkowska sich dagegen, Frontalunterricht als autoritär oder Motivationsbremse zu verurteilen. „Guter Frontalunterricht ist eine super Unterrichtsform. Es geht nur darum zu hinterfragen, wann welches Format und welche Materialien am sinnvollsten eingesetzt werden können. Auf eine gute Mischung kommt es an.“

Quelle: „Die Presse“ vom 5. Oktober 2016

## „Der SPÖ sind Flüchtlinge wichtiger als österreichische Schüler“

Mit Verwunderung nimmt FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz die Ankündigung des Bildungsministeriums zur Kenntnis, wonach nun die Schulgesetze abgeändert werden sollen, um Flüchtlingen zu ermöglichen, dass sie ein freiwilliges 10. Schuljahr absolvieren können: „Die FPÖ hat im Herbst 2015 einen derartigen Antrag mit Blick auf österreichische Schüler gestellt, die diese berechtigen soll, in einem freiwilligen 10. Schuljahr eine Polytechnische Schule zu besuchen. Dieser Antrag wurde im Unterrichtsausschuss vertagt und auf eine Evaluierung des Schulversuchs ‚PTS‘ verwiesen, die Mitte 2017 kommen soll.“

Nun, da es nicht um österreichische Schüler geht, sondern um Flüchtlinge, sei im Bildungsministerium plötzlich die große Hektik ausgebrochen und Änderungsbedarf festgestellt worden. „Daran sieht man, wie der Hase läuft – auch unter Kanzler Kern sind der SPÖ samt ihren Ministerien die Flüchtlinge wichtiger als die österreichischen Schüler. In der FPÖ liegt das Hauptaugenmerk auf den österreichischen Schülern, wovon dann auch alle anderen Schüler profitieren können“, so Walter Rosenkranz.

## Rosenkranz: Warten auf den Praxistest

„Den Wert des Autonomiepakets, das Sonja Hammerschmid so euphorisch gelobt hat, wird man erst kennen, wenn tatsächlich Kleinstschulen in entlegenen Gegenden Schwierigkeiten haben, Lehrerstellen nachzubeseetzen“, nimmt der freiheitliche Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz zur heutigen ORF-„Pressestunde“ mit Bildungsministerin Dr. Sonja Hammerschmid Stellung. Hier müssten die mit viel Vorschusslorbeer bedachten Ideen Hammerschmid den Praxistest erst noch bestehen.

„Sehr schwammig wurden die Antworten von Ministerin Hammerschmid bei der Frage, wie etwa Schuldirektorinnen mit nicht integrationswilligen Vätern umgehen sollten. Hier hat sie leider die Gelegenheit verpasst, ein klares Zeichen zu setzen, dass sich die gutmenschliche Toleranz bei der Diskriminierung weiblicher Lehrer aufhört“, bedauert Rosenkranz die unklare Positionierung Hammerschmid.

Einige Punkte gebe es, die inzwischen in der SPÖ anscheinend gleich wie in der FPÖ gesehen werden, so Rosenkranz, aber: „An der Mitbestimmung von Eltern, Lehrern und Schülern darf nicht gerüttelt werden. Außerdem sind der Erhalt der Sonderschulen, der Erhalt der Kleinstschulen und die Wahlfreiheit bei Ganztagschulen für die FPÖ nicht verhandelbar.“ Ganztagschulen dürften keine „Zwangstagschulen“ werden und die Sonderschulen müssten für jene Fälle erhalten bleiben, die nicht im Zuge der schulischen Inklusion lösbar seien.

## „Schulgesetze gelten auch für Schmalspur-Che-Guevaras“

Als letztklassig erachtet FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz Wahlkampfaktivitäten der „Sozialistischen Jugend“ (SJ) an Schulen: „Im Minutentakt erreichen mich Meldungen, wonach die SJ an Schulen verbotenerweise Wahlwerbung für Van der Bellen betreibt.“ So sei dem SJ-Schülerkalender, der auch vom roten Bildungsministerium finanziell gefördert werde, Werbung für den grünen Präsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen beigelegt. „Hier regeln die Schulgesetze SchUG und SchOG ganz klar, dass an Schulen und im Nahbereich vor Schulen keine parteipolitische Werbung erlaubt ist. Auch wenn es die Schmalspur-Che-Guevaras der SPÖ nicht schert, was die Gesetze sagen – Schuldirektoren, Schulbehörden und Ministerium müssen klar und unmissverständlich handeln. Entsprechende Anfragen werden eingebracht. Die SJ soll ihre Meinungsfreiheit dort austoben, wo es die Gesetze erlauben“, so Rosenkranz.

## Widersprüche in „Education at a Glance 2016“

Von Josef Pastener

Die OECD-Studie „Education at a Glance 2016“ sieht es bestätigt: Von den 35 OECD-Staaten geben nur Luxemburg, die Schweiz, die USA und Norwegen mehr für Bildung aus als Österreich. Mit 14.361 US-Dollar (12.768 Euro) pro Jahr je Schüler liege Österreich um 3.868 Dollar über dem OECD-Schnitt. Nach dem OECD-Bericht von 2015 gibt Österreich allerdings nur 3,1 % des BIP für das Schulwesen aus, während der OECD-Mittelwert bei 3,7 % liegt. Das lässt sich wohl nur damit erklären, dass der OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) viele im Vergleich zu Österreich deutlich ärmere Staaten (u. a. Griechenland, die Türkei, Russland, Spanien, Polen, Slowenien, Tschechien und die Slowakei) angehören. Lob gibt es von der OECD nur für unsere duale (= Lehre mit Berufsschule) Berufsausbildung. Nur einen Pflichtschulabschluss haben bei uns lediglich 10 %, in der OECD jedoch 16 % der jungen Erwachsenen.

Es werde in Österreich zu viel Geld in das Schulsystem gesteckt und das noch dazu ineffizient. Die angeblich zu hohen Bildungsausgaben erklärt der OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher mit der „geringen“ Schüler-Lehrer-Betreuungsquote – ein Lehrer auf zehn Schüler, in der OECD kommen hingegen 14 Schüler auf einen Lehrer, der geringen jährlichen Unterrichtszeit der Lehrer von nur 607 Stunden (im OECD-Schnitt sind es 694 Stunden), sowie der älteren und daher

teureren Lehrerstruktur. Die relativ hohen Kosten stehen für den Gesamtschulbefürworter Schleicher „in keinem gutem Verhältnis zum Ertrag“. Die effizienteren Länder würden sich gegen kleinere Klassen entscheiden, aber für eine bessere Unterrichtsqualität. Laut Schleicher könne Österreichs „Zeitprobleme“ nur die „verschränkte Ganztagschule“ lösen. Dass unser Schulsystem damit aber wohl noch teurer würde, verschweigt der „Experte“ diskret! Mit den 750 Mio. Euro aus der Bankenabgabe von 2017 bis 2025 (also jährlich nur ca. 75 Mio. Euro) wird Ministerin Hammerschmid sicher nicht auskommen! Zu dem Vorwurf der zu geringen reinen Unterrichtszeit der Lehrer in Österreich sei angemerkt: Bei uns haben die Lehrer keinerlei Unterstützungspersonal und müssen alles bis zur psychologischen Schülerbetreuung selber erledigen! Und an den Pflichtschulen gibt es bei uns nicht einmal eine Sekretärin!

Es gäbe auch große Mängel bei der „Bildungsmobilität“, da ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem ihrer Kinder bestehe, behauptete der Statistik-Austria-Generaldirektor Konrad Pesendorfer bei der Präsentation der OECD-Studie im Bildungsministerium. Österreich weise den „fünftschlechtesten Wert aller OECD-Staaten auf“ meinte dazu ergänzend Andreas Schleicher am 15. September 2016 im Ö1-Mittagsjournal. So hätten bei uns nur 17 % der Frauen und 18 % der Männer zwischen 25

und 44 Jahren, deren Eltern zumindest eine Lehre oder berufsbildende mittlere oder höhere Schule (BMHS) absolvierten, einen Tertiärabschluss, also einen akademischen Hochschulabschluss. Im OECD-Schnitt überholten hingegen 44 % der Frauen und 34 % der Männer in dieser Altersgruppe ihre Eltern beim Bildungsabschluss. (Diese Aussagen bilden einen eklatanten Widerspruch zu der ebenfalls in diesem Heft veröffentlichten Studie des Think-Tanks „Agenda Austria“!)

Laut OECD schaffen bei uns nur 6 % der 25- bis 44-Jährigen, deren Eltern im Ausland geboren wurden und keine Matura haben, ein UNI-Diplom. Der OECD-Schnitt betrage aber 22 %. Dazu ein Vergleich mit dem „Musterland“ Finnland: Dort sind nur 5,6 % der Bevölkerung im Ausland geboren, in Österreich aber 16,7 %! Aus einem „high income country“ stammt in Österreich nur ein Drittel der 15- bis 64jährigen Immigranten. In Finnland sind es aber 64,4 %! Nur 7 % der Berufstätigen, die nach Finnland immigrierten, üben „low skilled jobs“ aus. Bei uns aber 38 %! Die wenigen Schüler Finnlands mit Migrationshintergrund bringen also ursprünglich weit bessere Chancen für schulische Erfolge mit! Wie PISA 2012 zeigte, haben Finnlands 15jährige Migranten auf die Österreichs aber einen Rückstand von fast einem halben Lernjahr, obwohl sie aus sozial wesentlich „besseren“ Elternhäusern stammen. So ergab die Mathematikleistung der 15-Jährigen mit Migrationshintergrund in Finnland

bei PISA 2012 nur 439 Punkte, jene in Österreich aber 457! Ins Land zuwandernde 15-Jährige erreichten in Österreich um 63 Punkte, in Finnland aber um 96 Punkte weniger! Das entspricht einem Leistungsrückstand in Österreich von mehr als eineinhalb Lernjahren! Nach Berücksichtigung des

Höhere Studien bezeichnet Finnland als das Land „mit dem größten Kompetenzunterschied und dem kleinsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund“. Der enorme Rückstand, den 10jährige Migranten bei uns aufweisen, wird mit unserem differenzierten Schulsystem (NMS, AHS, Sonder-

dren...“ Der NEET-Anteil („Not in Education Employment and Training“) der 15- bis 24-Jährigen, die vor ihrem 15. Geburtstag immigriert sind, betrug 2013 in Österreich 11,1 %, in Finnland aber 17,2 %! Und dies unter den geschilderten viel besseren soziologischen Randbedingungen! Dagegen sind in den klassischen Einwanderungsländern Kanada, Australien und Großbritannien die (streng ausgewählten!) Zuwanderer mit nur 12 % wirklich Schwachen der einheimischen Bevölkerung beruflich und bildungsmäßig weit überlegen!

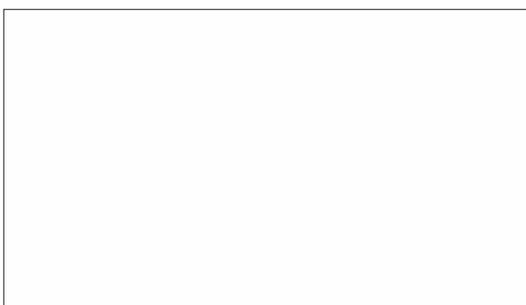


sozioökonomischen „Backgrounds“ ist diese Schülergruppe in Finnland sogar doppelt so weit zurück wie in Österreich. Noch schwächere Leistungen als in Finnland erhalten diese 15jährigen Migranten nur in Mexiko, Griechenland und Schweden!

Auch beim Lesen ging es 15-Jährigen mit Migrationshintergrund nicht besser. In keinem anderen OECD-Staat blieben sie nach Berücksichtigung ihres sozioökonomischen Hintergrunds soweit zurück wie in Finnland. Dr. Lorenz Lassnigg vom Institut für

schule) – anders als in Finnlands Gesamtschulen – bis zum vierzehnten Lebensjahr deutlich verkleinert. Dieser Aufholprozess findet in der Oberstufe seine Fortsetzung: Es erzielen Österreichs 16- bis 34-jährige Migranten trotz ihres viel schwächeren sozioökonomischen Hintergrunds viel bessere Werte als Finnland! Nicht nur sein Schulwesen ist laut OECD-Bericht 2015 an der Aufgabe, jungen Migranten gerecht zu werden, bisher gescheitert: „In 2013 Finland, Spain and Greece stand out for having the highest NEET rates among young immigrants who arrived as chil-

Auch im folgenden Bereich sind Österreichs fremdsprachige Immigranten, meist Muslime, weit unter dem OECD-Schnitt: Der Anteil der im Land geborenen 15-Jährigen, die zu Hause die Unterrichtssprache sprechen, beträgt nur 26,2 % gegenüber dem OECD-Mittel von 58,6 %! Zum Vergleich: Er beträgt in Großbritannien 76,3 %, in Australien 68,1%, in Deutschland (!) 64,7 %, in Kanada 62,1 %, in der Schweiz 47,9 % und sogar in Schweden noch 43,6% ! Trotzdem wagte es das BIFIE, im „Nationalen Bildungsbericht Österreich 2015“ zu behaupten: „In Österreich besteht ein starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg“. Wieso? Allenfalls sprechen die hier aufgelisteten statistischen Ergebnisse klar gegen Österreichs Zuwanderer- und Integrationspolitik, dafür aber umso mehr für unser gegliedertes Schulsystem!



**Kontakt:**  
[flv@gmx.at](mailto:flv@gmx.at)